

Mit großem
Grafikposter:
Tierschutz ist
eine Frage
der Haltung

Tierschutz

THEORIE

WAS ZU TUN IST, DAMIT TIERSCHUTZ BEI DEN TIEREN ANKOMMT

Von Franz-Theo Gottwald

TIERSCHUTZRECHT AUSGEHEBELT: QUÄLEREI IM NAMEN DES PROFITS

Von Jens Bülte

PRAXIS

SO REIN, SO WEISS: QUÄLEREI FÜR LUXUS-MOZZARELLA

Von Georg Etscheit

FLEISCH AUS DEM LABOR: ESSEN MIT GUTEM GEWISSEN?

Von Tanja Schmidt

Foto: shutterstock_1308798220

FÜR MEHR TIERSCHUTZ IN DER LANDWIRTSCHAFT

Von Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes

Männliche Ferkel sind zurzeit die Symbolfiguren für die Missstände der konventionellen Landwirtschaft. Die Entscheidung des Bundestags für eine Fristverlängerung der betäubungslosen Ferkelkastration sorgte nicht nur bei Tierschützern für Entrüstung. Schließlich existieren längst tierschutzkonforme, praktikable Alternativen zu diesem unhaltbaren Verfahren, das ursprünglich per Gesetz ab Januar 2019 verboten sein sollte. Trotzdem dürfen Schweinehalter nun zwei weitere Jahre damit weitermachen. Nicht nur das Staatsziel Tierschutz wird so erneut mit Füßen getreten. Es wirkt auch wie ein abgekartetes Spiel: Die Verbände der Tiernutzer haben das Schreckensszenario einer zusammenbrechenden Fleischbranche in Deutschland skizziert, die Politik ist ihrem Appell devot gefolgt.

Die Liste der Missstände ist lang. Dass auch die Haltung in Kastenständen rechtlich tierschutzwidrig ist, bestätigte zuletzt das Bundesverwaltungsgericht. Sauen fristen einen Großteil ihres Lebens in engen Gitterkäfigen, die sie nicht nur in ihrer Bewegungsfreiheit und der Ausübung ihrer arttypischen Verhaltensweisen erheblich einschränken, sondern sie auch krank machen und Verhaltensstörungen verursachen. Ein weiteres Ärgernis: 95 Prozent der Schweine in Deutschland wird der Ringelschwanz kupiert, obwohl dieser routinemäßig durchgeführte Eingriff seit 1994 gegen geltendes EU-Recht verstößt. Zudem gehört es zur Routine, Kälbern die Anlage zum Hornwachstum auszubrengen und Hühnern und Puten die Schnäbel zu kürzen. Milchkühe

und Legehennen werden auf Höchstleistung gezüchtet, während männliche Küken und Kälber wie Abfallprodukte behandelt werden. Es ist skandalös, Tiere für den Profit und unersättlichen Konsum weiter büßen zu lassen, obwohl bessere Lösungen vorhanden sind.

Mit dem Tierschutzlabel „Für Mehr Tierschutz“ gelingt es dem Deutschen Tierschutzbund schon seit sechs Jahren, für mehrere Millionen Tiere deutlich verbesserte Lebensbedingungen zu schaffen – dazu zählen unter anderem mehr Platz, geeignete Beschäftigung und Auslauf. Das Label hätte als Vorreiter der Regierungspläne für eine staatliche Kennzeichnung gelten können, doch das Bundeslandwirtschaftsministerium hat diese Chance verpasst. Das Kennzeichen, das Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner nun für Schweine auf den Weg gebracht hat, bietet kaum Lösungen. Der Grundfehler bleibt, dass die Ministerin weiter mit schwachen Anforderungen in der ersten Stufe auf Freiwilligkeit setzt – die große Mehrheit der Tiere bleibt damit auf der Strecke.

VERBOT VON QUALZUCHTEN

Eigentlich sollte das staatliche Tierwohlkennzeichen sich klar von den niedrigen gesetzlichen Standards abheben – sofern es überhaupt welche gibt. Denn für Rinder und Puten existieren bis heute keine nationalen Haltungsverordnungen. Um tatsächlich etwas in der landwirtschaftlichen Tierhaltung zu bewirken, sind dringend weitere Schritte erforderlich – dazu zählen überfällige Nachbesserungen im Ordnungsrecht, eine sinnvolle Förderpolitik und eine

Nutztierstrategie. Letztere sollte unter anderem eine Novellierung des Tierschutzgesetzes und der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung vorsehen, die im Einklang mit dem Staatsziel Tierschutz steht. Schließlich haben wir ein Tierschutz- und kein Tiernutzgesetz. Überfällige Schritte wie eine sofortige Durchsetzung des Amputationsverbotes, ein Verbot von Qualzuchten und die Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises sowie einer Fortbildungsverpflichtung für Tierhalter sind nur einige der Punkte, die im Ordnungsrecht verankert werden sollten. Damit dieser Wandel gelingt, ist eine progressive Förderung mit deutlich mehr Mitteln von Bund und EU als bisher notwendig. Das würde Landwirten auch mehr Planungssicherheit bieten. Sinnvoll wären zudem ein „Stand-Still“ bei der Genehmigung von tierschutzwidrigen Tierhaltungen wie Warmställen in der Schweinehaltung sowie ein Tierschutz-TÜV für Haltungssysteme und Schlachthanlagen.

Auch auf EU-Ebene sind weitere Verbesserungen neben einer veränderten Förderpolitik nötig. Das betrifft derzeit vor allem die Tiertransporte, die oft viel zu weite Strecken zurücklegen – und das bei extremen Temperaturen, ohne genügend Wasser und Futter für die Tiere. Das EU-Parlament fordert bereits möglichst kurze Fahrtstrecken, scharfe Kontrollen und weniger Handel mit lebenden Tieren. Auch Verbote von Exporten in Drittländer, die EU-Regeln missachten, sind erforderlich.

Es liegt jetzt an der EU-Kommission, den Mitgliedsländern und unserer Bundesregierung, die Lage der Tiere zu verbessern und die Weichen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft zu stellen.

DREI FRAGEN ZUM TIERSCHUTZ

Was muss getan werden, damit der Tierschutz dieselbe politische Bedeutung bekommt wie der Umweltschutz?

Lässt sich der Tierschutz allein mit freiwilligen Maßnahmen verbessern oder braucht es gesetzliche Vorgaben?

Wo sind die größten Missstände beim Tierschutz und wo gibt es den größten Handlungsbedarf?



Julia Klöckner
Bundeslandwirtschaftsministerin

Der Tierschutz ist aus gutem Grund im Grundgesetz verankert. Die Regelungen hierzu werden national und europäisch immer spezifischer. Wer mit Tieren umgeht, als seien sie nur eine Ware, wer sie in desolaten Zuständen verenden lässt und Tiere quält, dem gehört die Erlaubnis entzogen, Tiere zu halten. Deshalb ist es richtig, dass Tierquälerei, dass diejenigen, die sich nicht an unsere Gesetze halten, bestraft werden. Jeder Tierhalter, der nicht ordentlich mit seinen Tieren umgeht, schadet nicht nur den Tieren, sondern dem ganzen Berufsstand und den vielen Tierhaltern, die sich vorbildlich verhalten. Für uns als Bundesregierung stehen die Tiergesundheit und das Wohlbefinden der Tiere in Verbindung mit höchsten Produktions- und Produktstandards im Vordergrund. Deshalb bessern wir in dieser Legislaturperiode Bestimmungen im Sinne des Tierwohls nach. Und deshalb investieren wir in die Erforschung von Tierwohl, um es messen und mehr zu können.

Natürlich brauchen wir Gesetze, Tierschutz ist kein Vorschlag zur Güte! Es muss einheitliche Standards geben, die für alle verbindlich sind. Diese Vorgaben konkretisieren wir kontinuierlich. Gleichzeitig müssen wir darauf achten, dass ein Mehr an Anforderungen machbar bleibt, gerade für kleine, regionale Höfe. Dem Tierschutz ist nicht gedient, wenn die heimischen Betriebe schließen müssen und wir dann aus Ländern importieren, auf deren Tierschutzbedingungen wir kaum Einfluss haben. Daher sind Initiativen wie unser Tierwohlkennzeichen ein guter Anreiz für Landwirte, unter anderem Kriterien für mehr Platz, Beschäftigung, längere Säugephasen und bessere Transportbedingungen zu erfüllen. Wer mitmacht, verpflichtend und überprüfbar höhere Tierwohlstandards einhält, die über dem Gesetz liegen, kann damit werben.

Deutlich gemacht habe ich, dass ich den Transport von Schlachttieren in Zielländer außerhalb der EU ablehne. Das ist unnötig und auch nicht tiergerecht – Tierschutz endet nicht an der Landesgrenze. Entsprechende Abkommen mit Drittstaaten haben wir daher widerrufen. Das Ablehnen oder Zulassen von Tiertransporten liegt in der Zuständigkeit der Bundesländer. Entscheidend ist daher ein koordiniertes, abgestimmtes Vorgehen der Länder untereinander, weshalb wir beschlossen haben, eine Datenbank für Tiertransportrouten zu entwickeln, um die Plausibilität von Routen besser beurteilen zu können. Die Bundesländer sind ebenfalls für die Überwachung verantwortlich. Vielerorts sind die Kontrollen allerdings zu lückenhaft. Die Länder müssen die Personal- und Kontrolldichte verbessern.



Rüdiger Jürgensen
Deutschland-Geschäftsführer der Tierschutzorganisation Vier Pfoten

Die Geschichte wiederholt sich in gewisser Weise, denn genau wie früher beim Umweltschutz ist die Bevölkerung der Politik heute beim Tierschutz weit voraus. Die große Mehrheit der Deutschen will schon längst, dass viel mehr für den Tierschutz getan wird. Nutztiere sollen zum Beispiel nicht mehr als Produkte gesehen werden, sondern als Lebewesen. Die Politik hat aber vor einiger Zeit angefangen, dies zu verstehen, und das ist gut so, denn Politiker können in einer vitalen Demokratie nicht auf Dauer hinter den Wählern herhinken.

Gesetzliche Vorgaben sind zwingend notwendig, damit der Tierquälerei ein Ende bereitet wird und es flächendeckende Verbesserungen gibt. Vergessen wir nicht, dass Gesetze funktionieren: Die Einführung der Eierkennzeichnung hat dazu geführt, dass Eier aus Käfighaltung beinahe komplett aus den Regalen verschwunden sind. Allerdings sollten wir auch gesetzlich beschließen, dass zum Beispiel den Bauern beim Umbau ihrer Ställe durch die Regierung geholfen wird, damit wir in Deutschland eine artgerechte Haltung ermöglichen

Schlimm ist es in der Massentierhaltung: Abermillionen Schweine, Rinder und Hühner werden auf unvorstellbar engem Raum in trostlosen Industriehallen eingepfercht und sehen nie das Tageslicht. 25 Prozent aller sogenannten Nutztiere sind krank und leiden 24 Stunden am Tag, bis sie brutal geschlachtet werden. Das ist die Realität. Inzwischen ist wegen dieser Hölle auch das gesellschaftliche Ansehen der deutschen Landwirte – wenig überraschend – im Keller. Es kann so nicht weitergehen, die Regierung wird sich dieser Herausforderung stellen müssen. Das ist schließlich ihre Aufgabe.



Anton Hofreiter
Fraktionsvorsitzender der Grünen im Bundestag

Wir müssen beim Umwelt- genau wie beim Tierschutz vom Reden ins Handeln kommen. Tierschutz steht seit 2002 als Staatsziel im Grundgesetz, doch die Tiere haben davon bisher kaum etwas. Die Missstände in der industriellen Massentierhaltung sind wegen jahrelanger Untätigkeit der Bundesregierung eklatant: kranke Tiere, Akkordschlachtungen, Höfersterben, gefährliche Keime im Fleisch. Wir brauchen einen klaren Plan für eine Agrarwende: Wann wird das Kükenschreddern endlich beendet, wann hört das Kupieren von Ringelschwänzen auf? Wie bekommen die Betriebe eine gute Zukunftsperspektive? Dieser Plan muss durch bessere gesetzliche Regeln, eine gezielte Unterstützung für Bäuerinnen und Bauern und eine verbindliche Haltungskennzeichnung begleitet werden.

Den paradoxen Slogan von der „verbindlichen Freiwilligkeit“ hatte sich schon der letzte Agrarminister auf die Fahnen geschrieben. Für den Tierschutz war das verlorene Zeit. Es dürfte dadurch keinem einzigen Tier besser gegangen sein. Für die Bäuerinnen und Bauern ist das ein Problem. Wer zurzeit in Deutschland in Tierschutz investiert, wird nicht belohnt, sondern bestraft. Viele tierhaltende Betriebe sind einem enormen Preiskampf ausgesetzt, bekommen aber kaum Unterstützung, wenn sie ihre Tiere besser halten wollen. Tierschutz braucht klare Regeln, gute Kontrollen und faire Förderung. Dass die Bundesregierung das bereits vor Jahren beschlossene Ende der betäubungslosen Ferkelkastration wieder aufgehoben hat, ist eine Bankrotterklärung.

Rinder werden in überhitzten Transportern tagelang in außereuropäische Länder gekarrt. Millionen Küken werden direkt nach dem Schlüpfen geschreddert. Puten sind so überzüchtet, dass sie sich kaum auf den Beinen halten können. Ferkel werden ohne Betäubung von ungeschultem Personal kastriert. Eine tierfreundliche Haltung ist mit den gegenwärtigen Stallsystemen kaum möglich.

Fleischfabriken dürfen nicht mehr gebaut werden. Bei den Investitionen in bessere Ställe benötigen die Bäuerinnen und Bauern Unterstützung. Wir müssen weg von einer Agrarpolitik, die mit möglichst billiger Massenproduktion den Export von Dumpingfleisch befeuern will – und dabei in Kauf nimmt, dass der Tierschutz unter die Räder kommt.



Fritz Reheis: Die Resonanzstrategie. Warum wir Nachhaltigkeit neu denken müssen. Oekom Verlag, München 2019, 412 Seiten, ISBN 978-3-96238-052-6

In einem großen Bogen begründet Fritz Reheis, warum Nachhaltigkeit neu gedacht werden muss. Ausgehend von einem weiten Resonanzbegriff behandelt er Resonanzstörungen – nicht zueinander passende Schwingungen im Verhältnis zur natürlichen Umwelt, sozialen Mitwelt und Innenwelt. Als roter Faden für eine Neuorientierung dient ihm die Zeit. Über die lineare Zeit hinausgehend weist er auf die Vielfalt von Zeitlichkeiten hin: die grundlegende Rhythmik der Welt, Eigenzeiten, Kreisläufe und die Rückkehr des Ähnlichen. Ausführlich stellt er die drei für ihn grundlegenden Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung vor: Regenerativität in Bezug auf die natürliche Umwelt, Reziprozität gegenüber der sozialen Mitwelt, Reflexivität bezüglich der Innenwelt. Gegen die Beschleunigungs- und Flexibilisierungszwänge empfiehlt er eine Ablösung der Herrschaft des Geldes, eine Bedeutungsaufwertung für Rhythmik und Eigenzeiten des Lebens und einen zeitbewussten Lebensstil.



Heike Holdinghausen: Uns stinkt's! Was jetzt für eine zweite ökologische Wende zu tun ist. Westend Verlag, Frankfurt am Main 2019, 240 Seiten, ISBN 978-3-86489-239-1

Die Taz-Redakteurin Heike Holdinghausen nimmt die Lüge von der deutschen Vorreiterrolle im Umweltschutz auseinander. Im Kern bringt das Buch nichts Neues, aber es beschreibt die einzelnen Felder geballt und macht in aller Schärfe den Widerspruch zwischen Wissen und Handeln klar. Was fehlt, ist die Darstellung der Ursachen und Triebkräfte – das falsche technische Paradigma und die Fixierung auf quantitatives Wachstum. Holdinghausen skizziert die ökologische Wende in fünf Kapiteln: Klima- und Biodiversitätskrise, Energie, Mobilität, Agrarwende, Kreislaufwirtschaft. Ihr Plädoyer: Ökonomie und Ökologie müssen Hand in Hand gehen. Unklar bleibt, welche Ökonomie gemeint ist. Auch fehlen die sozialen und institutionellen Fragen, ohne die es keine Wende geben wird.



Peter H. Grassmann: Zähmt die Wirtschaft! Ohne bürgerliche Einmischung werden wir die Gier nicht stoppen. Westend Verlag, Frankfurt am Main 2019, 256 Seiten, ISBN 978-3-86489-348-6

Interessant an diesem Buch ist auch der Autor. Der Manager und Wirtschaftsethiker Peter H. Grassmann, geboren 1939, studierte in München, promovierte bei Werner Heisenberg, arbeitete am MIT in Massachusetts und sanierte Carl Zeiss in Jena. Als Ausweg aus Umweltzerstörung, Klimakrise und Ressourcen-Raubbau fordert Grassmann einen strengen staatlichen Ordnungsrahmen und ein partizipatives Demokratiemodell. Sein Ziel ist eine öko-soziale Marktwirtschaft. Staat und Demokratie in ihrer heutigen Form sind für ihn zu schwach, um die Zerstörung der menschlichen Lebensgrundlagen zu stoppen. Den Hauptschuldigen sieht Grassmann in der zügellosen Marktwirtschaft. In vier großen Abschnitten beschreibt er die Situation („5 nach 12“) und zeigt einen Ausweg auf („Märkte brauchen Regeln“ und „Mehr Macht dem Volk“).



Der Deutsche Naturschutzring ist der Dachverband von 90 Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen, die zusammen elf Millionen Menschen erreichen. Die unter dem Dach des DNR zusammengeschlossenen Organisationen eint die Ziele, biologische Vielfalt und natürliche Ressourcen zu schützen, den Klimawandel zu bekämpfen und für eine nachhaltige und umweltgerechte Wirtschaftsweise einzutreten.
www.dnr.de

Die Herausgeber (BUND, Deutsche Umweltstiftung, EuroNatur, FÖS, NaturFreunde, DGB und Die Transformateure) und andere Akteure der Transformation stellen sich an dieser Stelle im Wechsel vor

WAS ZU TUN IST, DAMIT TIERSCHUTZ BEI DEN TIEREN ANKOMMT

Text: FRANZ-THEO GOTTWALD

Tiere für die Erzeugung von Nahrungsmitteln zu nutzen, hat eine jahrtausendalte Geschichte. Doch die gesellschaftlich bislang in Kauf genommenen Schäden durch die moderne Tierhaltung für den massenhaften Konsum von Produkten tierischen Ursprungs werden zunehmend als Risiko gesehen. Ergebnisse aus der Forschung zum Klimaschaden durch Tiernutzung, zur Verunreinigung der Gewässer durch Gülle und zu Gesundheitsgefahren durch Antibiotika in der Tiermast stören den gedankenlosen, sorgenfreien Genuss. Fleisch, Wurstwaren, Milchprodukte und Eier werden für langsam, aber stetig breiter werdende Bevölkerungskreise problematisch. Nahezu kein Tag vergeht, an dem nicht irgendein Massenmedium auf die Risiken und Nebenwirkungen dieser Produkte hinweist. Meist enden die Beiträge mit dem Hinweis: Essen Sie weniger und dafür qualitativ hochwertigere Nahrungsmittel, die von Tieren stammen, die unter Gesichtspunkten des Tier- und Umweltschutzes besser geartet haben als industriell üblich.

Doch es geht auch anders: Schon jetzt liegen Erzeugnisse in den Theken von Fleischereifachgeschäften, Supermärkten und Discountern, die mit einem Tierwohl-Label ausgezeichnet sind. Anders als bei Massenware werden dadurch tiergerechtere Lebensbedingungen für Hühner, Schweine, Rinder, Fische garantiert. Nicht zu schweigen von der schnell wachsenden Zahl von Bioprodukten tierischer Herkunft. Noch anspruchsvollere Haltungsbedingungen, noch schonendere Behandlungen im Krankheitsfall und ein noch pfleglicherer Transport von Tieren in der Landwirtschaft sind bei Bioprodukten offensichtlich machbar.

TIERWOHL KOSTET ERHEBLICH MEHR

Der Lebensmittelhandel sucht verstärkt nach Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie dem Deutschen Tierschutzbund, Pro Vieh oder Vier Pfoten, die es ermöglichen, Tierisches als Nahrungsmittel in Verkehr zu bringen, das moralisch besser verantwortet werden kann als übliche Ware. Diese genügt zwar meistens den Mindestanforderungen, die der Gesetzgeber an Erzeuger und Verarbeiter hat. Aber dem Anliegen, dass es den Tieren zu Lebzeiten verantwortbar und ganzheitlich gut geht, wird bei den meisten – nicht speziell geprüften – Waren nicht entsprochen.

Produkte aus Bio-Landwirtschaft haben bei Frischfleisch und Fleisch- oder Wurstwaren bislang einen vergleichsweise geringen Marktanteil. Dieser liegt im unteren einstelligen Prozentbereich, zum Beispiel bei gut zwei Prozent für Fleisch (ohne Geflügel) und gut drei Prozent für Fleischwaren und Wurst. Im Vergleich dazu sind die Anteile ökologischer Landwirtschaft bei Eiern mit 14 Prozent und bei Milch mit neun Prozent erheblich höher. Das liegt nicht zuletzt an den relativ großen Preisunterschieden zwischen konventionellen und Bio-Produkten. So lag 2017 der Kilopreis für Bio-Schweinefleisch bei 3,81 Euro Schlachtgewicht, während als Preis für konventionelles Schweinefleisch 1,64 Euro Schlachtgewicht aufgerufen wurde. Bio-Schweinefleisch war also um den Faktor 2,3 teurer. Bei Rindfleisch war der Unterschied deutlich geringer. Jungbullenfleisch aus Bio-Haltung war im gleichen Jahr mit 4,47 Euro pro Kilo Schlachtgewicht nur 16 Prozent teurer als Jungbullenfleisch aus konventioneller Haltung mit 3,87 Euro.

Die Zahlen belegen, dass es für die Landwirtschaft einen erheblichen Mehraufwand bedeutet, für Tierwohl und Tiergesundheit, aber auch einen besseren Umweltschutz zu sorgen. Andererseits ist die Zahlungsbereitschaft für diese Maßnahmen bei den Verbrauchern begrenzt. Laut Studien sind Verbraucher bereit, gut 30 Prozent mehr für Tierschutz zu bezahlen. Vor diesem Hintergrund übersteigt der typische Mehrpreis für Bio die Zahlungsbereitschaft der durchschnittlichen Käufer.

SOGAR MCDONALD'S ÜBT SICH IM TIERSCHUTZ

Daraus folgt, dass nicht allein die Verbraucher für den Mehraufwand an Tiergerechtigkeit aufkommen können, sondern auch der Staat Anreize für Verbesserungen geben muss, beispielsweise durch Stallbauförderungen und einen Stallbau-TÜV. Zudem muss die Politik mehr staatliche Beratung für Nutztierhalter gewährleisten.

In der Pflicht stehen aber auch Futtermittelhersteller, Stallbauer und Transportunternehmen. Auch die großen Verarbeiter müssen etwas tun – also in Deutschland Westfleisch, Vion, Tönnies, Wiesenhof beim Fleisch sowie die Vielzahl großer Molkereienunternehmen wie DMK, Friesland Campina oder Arla.

Diese Unternehmen haben sich selbst verpflichtet, dafür zu sorgen, dass in den Ställen ihrer landwirtschaftlichen Lieferanten bessere Lebensbedingungen herrschen. So hat zum Beispiel die DMK Group als größte deutsche Molkereigenossenschaft mit ihrem „Milkmaster“-Programm dafür gesorgt, dass ihre Milchlieferanten die Haltungsbedingungen in Richtung eines gesteigerten Tierwohls und einer umweltgerechten Produktion weiterentwickeln. Wesentliche Verbesserungen werden mit Aufzahlungen auf den Milchpreis den Milchbauern direkt honoriert.

In der Systemgastronomie finden sich ebenfalls nachahmenswerte Programme, die den Tieren zugutekommen. Zu nennen wäre etwa das „Best Beef 2.0“-Programm von McDonald's. Hier erhalten die liefernden Landwirte für Verbesserungen im Haltungs- und Gesundheitsmanagement direkte Zuschläge. Dabei werden das Platzangebot, das Tier-Liegeplatz-Verhältnis, der stetige Zugang zu Kuhbürsten, Weidegang und Abkalbebox genauso in die Honorierung einbezogen wie die Nutzungsdauer des Einzeltiers, von dem Teile im Burger landen.

DREI AUFGABEN FÜR DIE POLITIK

In der Außerhausverpflegung schließen beispielsweise Unternehmenskantinen wie bei der Linde AG besondere Verträge mit Lieferanten, die ihre Schweine auf Stroh halten. Sie zeigen damit ihre Bereitschaft Landwirte zu unterstützen, die es ihren Tieren besser als normal gehen lassen wollen.

Es ist viel in Bewegung bei der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Produkten tierischen Ursprungs. Doch die Politik muss mehr Anreize schaffen, um den Wandel zu unterstützen.

Erstens sollte sie konsequent die bestehenden Tierschutzregelungen durchsetzen und Mängel in der Vollzugskontrolle beheben. Dabei sollten Tierschutzvorgaben auch dort eingeführt werden, wo sie bisher fehlen, beispielsweise für Puten. Vorhandene Tierschutzvorgaben sollten auf ihre Weiterentwicklung

geprüft und gegebenenfalls verschärft werden. Diese Verschärfung muss begleitet werden durch ein – noch zu entwickelndes – Finanzierungskonzept, um die Mehrkosten einer tiergerechteren Produktion aufzufangen.

Die Politik sollte sich zweitens für die Einführung einer verpflichtenden Kennzeichnung der Haltungsbedingungen auf Fleischprodukten – ähnlich wie für Eier – auf Bundes- und EU-Ebene einsetzen. Diese würde den Verbrauchern eine verlässliche Orientierung geben und eine informierte Kaufentscheidung für tierwohlgeringere Produkte ermöglichen. Gegenüber der zurzeit von den großen Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandels mit der „Initiative Tierwohl“ eingeführten Deklaration der Haltungsformen für Frischfleischprodukte hätte eine auf nationaler und idealerweise europäischer Ebene rechtlich verankerte Deklaration den Vorteil, dass sie harmonisiert ist und dass sie für Verbraucher glaubwürdig und dauerhaft verlässlich zu finden ist.

Drittens sollte das angekündigte staatliche Tierwohllabel möglichst schnell eingeführt werden. Bisher liegen Kriterien für die Schweinehaltung vor, die Anfang 2019 mit verschiedenen Interessenvertretern diskutiert wurden. Wichtig ist, dass die Kriterien anspruchsvoll sind, dass Anbieter gewonnen werden, die ihre Erzeugnisse entsprechend zertifizieren lassen, damit sie beim Einkauf zu finden sind – und dass das Tierwohllabel dann im Rahmen einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne bekannt gemacht wird.

Franz-Theo Gottwald lehrt und forscht zu Agrar- und Bioethik an der Berliner Humboldt-Universität. Er leitet seit 1987 die Schweisfurth Stiftung in München.



NACHTASYL FÜR IGEL UND EIN HOTEL FÜR WILDBIENEN

Text: EVA GORIS

In dem Drama „Nachtasyl“ brachte Maxim Gorki Angehörige der untersten Gesellschaftsschichten als Helden auf die Bühne, die im Obdachlosenasyll ihr Überleben suchen. Als der Pilger Luka auftaucht und die Anwesenden ermutigt, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen, kommt Hoffnung auf.

Übertragen auf Wildtiere, sieht in Hamburg, München oder Berlin auch für diese der Wohnungsmarkt wenig romantisch aus. Igel, von denen inzwischen neunmal mehr in der Stadt als auf dem Land leben, nutzen ungepflegte Randstreifen, risikoreiche Verkehrsinseln und stark frequentierte Parkplätze als Quartiere für den Winterschlaf. Sie bauen ihre Nester in der Stadt und bereiten sich auf den Winter vor, ab November ist die „innere Uhr“ im Einschlafmodus. Das „Igel-Schlafzimmer“ findet sich neben einem Müllcontainer, an einem Spielplatz, in der Sandkiste oder der Nähe einer Ampelanlage.

Auch für Insekten werden urbane Lebensräume immer wichtiger. Mitten im grünen Herzen Hamburgs wurde deshalb ein „Fünf-Sterne-Hotel“ für die Vielflieger eröffnet. Die Fassade des Hotel-Towers für Wildbienen ist aus wetterfestem Edelstahl, die Innenausstattung aus Eichenholz. Dort finden die Gäste Nisthilfen in unterschiedlichen Größen. Als Bestäuber leisten die Wildbienen einen unschätzbaren Beitrag für den Erhalt der Biodiversität. Die Bestandsrückgänge sind dramatisch, von den in Deutschland lebenden 580 Arten ist über die Hälfte in der Roten Liste aufgeführt.

KAUM NOCH ARTENREICHES GRÜNLAND

Lebensräume für Wildtiere zu schaffen wird immer wichtiger. Knapp die Hälfte der Fläche Deutschlands wird mittlerweile landwirtschaftlich genutzt. Das meiste davon ist Ackerland, auf dem Nahrungsmittel, Futtermittel und Energiepflanzen wachsen. Etwa ein Drittel der Agrarfläche, rund 4,7 Millionen Hektar, ist Grünland. Treiber der Umwandlung von Grünland in Ackerland sind bessere Einnahmemöglichkeiten durch Getreideanbau, Veränderungen in der Nutztierhaltung und die Erzeugung



von Energiepflanzen wie Mais für Biogasanlagen. Das verbleibende Grünland verarmt ökologisch zunehmend. Aus Wiesen sind „Grasäcker“ geworden.

Solche Hohertragswiesen werden bis zu fünfmal pro Jahr gemäht. Die Nester der am Boden brütenden Vögel kommen unter die Räder, ebenso Amphibien und Reptilien. Durch zu reichliche Düngung wächst das Futtergras üppig. Das schafft ein feuchtkaltes Bodenklima, in dem Insekten, die Wärme und Trockenheit brauchen, kaum überleben können. Auch die meisten Wildpflanzen können auf „Grasäckern“ nicht existieren.

Der Wandel in der Landwirtschaft hat weitreichende Folgen für die Tierwelt. Während die meisten im Wald lebenden Arten stabile Bestände aufweisen, verschwindet die Fauna der Agrarlandschaft. Schmetterlinge und Wildbienen werden immer

seltener. Typische Vogelarten der Feldflur existieren mittlerweile nur noch in Restbeständen. Bei manchen beträgt der Verlust mehr als 90 Prozent. Unter den Verlierern sind bekannte Arten wie Kiebitz, Rebhuhn, Feldlerche und Goldammer oder Wiesenweihe.

KONKURRENT HOLZWIRTSCHAFT

Immer weniger geeignete Lebensräume machen Wildtieren das Überleben schwer. Auch kostenloser Wohnraum muss gebaut werden. Der Schwarzspecht – Europas größte Spechtart und fast so groß wie eine Krähe – ist der perfekte Wohnungsbauer im Wald. Er legt Baumhöhlen an, die über Jahrzehnte als Brut- und Wohnstätte genutzt werden. Sie dienen vielen Tierarten auch als Versteck und Überwinterungsquartier; einige stehen auf der Roten Liste gefährdeter Arten. Doch es mangelt dem Schwarzspecht an geeigneten Bäumen. So bleiben die potenziellen Nachmieter wie Bienen und Rauhfußkäuze, Siebenschläfer, Baummarde und Haselmäuse obdachlos. Mit ihnen müssen etwa 50 Arten auf geeignete Baumhöhlen warten.

Der Schwarzspecht hat einen knallharten Konkurrenten: die Forst- und Holzwirtschaft mit der Kettensäge. Und er fängt erst an zu bauen, wenn die Stämme mindestens 40 Zentimeter dick sind. Rotbuchen sind bei Schwarzspechten besonders beliebt – und bei den Menschen auch. Um dem fliegenden Häuselbauer zu helfen, ist eine naturverträgliche Waldbewirtschaftung notwendig, für andere Wildtiere eine Agrarwende. Das brauchen Mensch und Natur. Und das ist heute unsere Hoffnung.

Eva Goris ist Journalistin und Buchautorin. 2010 erschien ihr Band „Schmeckt's noch? Die Wahrheit über die Praktiken der Lebensmittelindustrie“.



WIE MUSS EINE GUTE NUTZTIER-STRATEGIE AUSSEHEN?

Text: JOCHEN DETTMER

Die landwirtschaftliche Nutztierhaltung ist in Deutschland in keinem guten Zustand. So beschreiben es viele wissenschaftlichen Studien, Tierschutzpläne und runde Tische der Bundesländer. Kritisiert werden Tierschutzprobleme, die durch den enormen Leistungs- und Effizienzdruck hervorgerufen werden, unter dem die Nutztierhaltung steht.

Die Debatte um diese Probleme und um die Zukunft der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung hat dazu geführt, dass das Bundeslandwirtschaftsministerium im Jahr 2017 unter dem damaligen Minister Christian Schmidt eine Nutztierhaltungsstrategie vorlegte, die eine zukunftsfähige Tierhaltung in Deutschland beschreibt.

Leider wurden unter Bundesminister Schmidt keine Anstrengungen unternommen, die dort enthaltenen Vorschläge aufzugreifen. Schmidts Nachfolgerin Julia Klöckner hat die Nutztierstrategie zwar übernommen, es ist jedoch unklar, mit welchen Instrumenten die Strategie verfolgt werden soll. Zwar wurde ein neuer Kompetenzkreis gegründet und es wurden Arbeitsgruppen für die Bereiche Rinder, Schweine, Geflügel, Bauen, Ökonomie sowie Monitoring und Kommunikation eingerichtet. Aber auch hier sind bis heute keine Vorschläge für die Umsetzung erkennbar.

Als einzige Maßnahme wurden bisher die Grundzüge für ein freiwilliges staatliches Tierhaltungsetikett vorgelegt. Außerdem soll die betäubte Ferkelkastration unterstützt werden, indem das

Tierärzteprivileg für die Betäubung aufgehoben und der Erwerb des Kastrationsgeräts finanziell gefördert wird.

Die Nutztierhalter warten aber weiter auf einen konkreten Rahmen für die zukünftigen Haltungsanforderungen. Das betrifft die Lösung von Zielkonflikten im Bau- und Genehmigungsrecht sowie klare Umstellungsszenarien in den zentralen Punkten der Schweinehaltung, wie Kastration, Kastenstand und Kupieren der Schwänze. Zum Paradigmenwechsel gehört aber auch die Neuausrichtung der Tierzucht sowie der Beratung, Forschung und Ausbildung.

FESTE VEREINBARUNGEN FÜR ANGEMESSENE PREISE

Die entscheidende Frage wird jedoch sein, wie sich der Umbau der Tierhaltung finanzieren lässt, ohne dass es zu großen Strukturbrüchen bei den bäuerlichen Betrieben kommt. Ein sinnvoller Wandel lässt sich nur mit der Landwirtschaft und nicht gegen sie durchsetzen.

Dazu braucht es den richtigen Politikmix aus Ordnungsrecht, Förderung und einem angemessenen Marktpreis durch Produktdifferenzierung. Während die Politik für das Ordnungsrecht, die Förderung und die Marktorganisation bestimmte Eckpunkte setzen kann, ist eine angemessene Preisgestaltung nur mit den Akteuren der Wertschöpfungskette zu erreichen – so wie es das Neuland-Qualitätsfleischprogramm für Erzeugnisse aus besonders tiergerechter Haltung seit 30 Jahren modellhaft vormacht. Zu beteiligen sind Erfassungshandel, Verarbeitung,

Fleischereifachgeschäfte, Lebensmitteleinzelhandel, Gemeinschaftsverpflegung und Gastronomie.

Faire Preise lassen sich nur durch eine vertikale Integration mit festen Vereinbarungen zu Qualitäten, Mengen, Preisen und Laufzeiten erreichen. Die Landwirtschaft muss sich bewegen, sie muss sich dafür entscheiden, die Mentalität des reinen Ablieferens ohne Preis- und Mengenabsprachen zu verlassen. Dieser Schritt ist für einen Wirtschaftszweig ein einmaliges Phänomen in einer entwickelten freien Marktwirtschaft.

Was wir also brauchen, ist das Drehen an mehreren großen Schrauben, um einen Paradigmenwechsel und einen Umbau der Nutztierhaltung, also einen Transformationsprozess hinzubekommen. Politik, Wirtschaftsbeteiligte und auch Verbraucherinnen und Verbraucher müssen bereit sein, ihren Beitrag zu leisten, wenn wir nicht den Großteil der bäuerlichen Familienbetriebe verlieren wollen – und damit das Fundament für eine gesellschaftlich akzeptierte Nutztierhaltung.

Jochen Dettmer ist Landwirt in Belsdorf bei Flechtingen (Sachsen-Anhalt) und Vorstandssprecher von Neuland e.V.



TIERSCHUTZRECHT AUSGEHEBELT: QUÄLEREI IM NAMEN DES PROFITS

Text: JENS BÜLTE

Quäle nie ein Tier zum Scherz, denn es fühlt wie du den Schmerz.“ Aber zum wirtschaftlichen Nutzen darf man Tiere quälen, weil Geld eine ernste Angelegenheit ist? Ernst scheint es auch der Verfassungsgeber mit dem Tierschutz gemeint zu haben, als er Artikel 20a des Grundgesetzes neu fasste: „Der Staat schützt ... die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“

Diese Staatszielbestimmung ist kein frommer Kalenderspruch, sondern bindendes Verfassungsrecht im gleichen Rang wie die Grundrechte. Als Ausdruck der Schutzpflicht aus Artikel 20a verbietet das Tierschutzgesetz, Tieren ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zuzufügen. Das Gesetz verpflichtet jeden Tierhalter zur angemessenen Ernährung, Pflege und verhaltensgerechten Unterbringung und verbietet Einschränkungen der Bewegungsfreiheit von Tieren, soweit sie zu Schmerzen oder vermeidbaren Leiden oder Schäden führen.

Trotz dieser klaren Vorgaben erlaubt eben dieses Tierschutzgesetz, betäubungslos zu kastrieren und Schwänze oder Zehen zu amputieren. Jagdhunden dürfen die Ruten „gekürzt“ und Fohlen dürfen „gebrannt“ werden. Gesetzliche Ausnahmen vom Amputationsverbot und Betäubungsgebot werden mit „vernünftigen“ Gründen gerechtfertigt. Bis in die 1980er Jahre galt es noch als „vernünftig“, Befreiungen vom Betäubungsgebot damit zu rechtfertigen, dass Neugeborene – auch Menschen – Schmerzen kaum spüren. Heute reichen die Begründungen für die Zulassung dieses prinzipiell strafbaren Verhaltens von Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit über die Gefahr einer Verlagerung von

Tierquälerei ins Ausland und die Sicherung von Arbeitsplätzen und der Ernährung der Bevölkerung bis zum Wert des „Fohlenbrennens“ als sozialem Event.

WENN SCHON TIERLEID, DANN WENIGSTENS BEI UNS?

Das sind Argumente, die nicht überzeugen. Die „Sicherung von Arbeitsplätzen“ entbindet nicht von der Verantwortung für unternehmerisches Handeln. Wer sich hier auf die Formel „sozial ist, wer Arbeit schafft“ (Alfred Hugenberg) beruft, verweigert sich dem Diskurs über Nutzen und Schaden der modernen (Agrar-) Industrie. Welchen Wert an sich hat die Tätigkeit der deutschen Fleischindustrie, die vom Tierleid profitiert? Sie trägt zur Ernährung der Bevölkerung bei; doch mit welchen gesamtgesellschaftlichen Folgen, wenn der durchschnittliche Fleischkonsum der Deutschen weit über der Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation liegt? Ohne Zweifel sichert die Fleischindustrie ein gewohntes Konsumverhalten. Das mag ein berechtigtes Interesse sein. Doch Verfassungsrang haben – im Gegensatz zum Tierschutz – weder diese Essgewohnheiten noch ein Recht auf billiges Fleisch.

Auch der Hinweis, bestimmte Tierquälereien müssten zugelassen werden, um Tierhaltung nicht in Länder ohne Tierschutzstandards und Kontrollen zu verdrängen, ist kaum plausibel. Denn die Prämissen sind zweifelhaft: Deutschland ist weder Vorreiter in Sachen Tierschutz noch finden hierzulande effektive Kontrollen statt. Zudem liegt hier eine fragwürdige Logik zugrunde: Nur ein Staat mit einem Tierschutzrecht, das Agrarunternehmer wirtschaftlich nicht belastet, habe die Chance, sie im Land zu halten und effektiv zu kontrollieren. Dass ein solches Tierschutzrecht Tiere schutzlos stellt und seinen Namen nicht verdient, ist

offenkundig. Die Argumentation ist so durchsichtig, dass sie den Gedanken im Hintergrund kaum kaschieren kann: Wenn schon Tiere gequält werden, sollen deutsche Unternehmen wenigstens mitverdienen dürfen.

Dazu passt auch die These, wenn eine bestimmte Haltungsförm ohne grundsätzlich strafbare Tierquälerei nicht wirtschaftlich möglich ist, sei nicht diese Haltungsförm falsch, sondern das Tierschutzrecht unzumutbar. Unter dieser Prämisse könnten von keinem Unternehmer kostenintensive Arbeitsschutzmaßnahmen, die Zahlung von Mindestlöhnen, Einhaltung von Abgaswerten oder aufwendige Deklaration von Lebensmitteln verlangt werden.

Wenn Wirtschaftsvertreter den kategorischen Vorrang der unternehmerischen Freiheit vor wichtigen Verfassungsgütern wie dem Tierschutz postulieren, überrascht das nicht. Bedenklich ist allerdings, dass auch mancher Parlamentarier diesem Dogma folgt und den unbedingten Schutz etablierter Geschäftsmodelle vor verfassungsrechtlichen Beschränkungen durchsetzt. Das ist nicht nur ein ethisches Problem, sondern offenbart zudem ein staatsrechtliches Missverständnis. Auch wenn das Grundgesetz den Abgeordneten nur seinem Gewissen unterwirft, bleibt er bei seiner Mitwirkung an der Gesetzgebung an die Verfassung gebunden.

Jens Bülte ist Wirtschaftsstrafrechtler und hat einen Lehrstuhl an der Universität Mannheim.



ECHTE WAHLFREIHEIT STATT VERBRAUCHERTÄUSCHUNG

Text: KLAUS MÜLLER

Tierschutz- und Naturschutzpolitik mit dem Einkaufskorb zu betreiben, das ist für viele Verbraucher nur eine Illusion. Eine gute Entscheidung an der Ladentheke kann der Einzelne nur treffen, wenn er oder sie umfassende und zutreffende Informationen erhält. Viele Verbraucher wünschen sich einfache und klare Orientierung beim Einkauf. Dazu muss der Gesetzgeber einen Rahmen schaffen. Das gilt auch für die Interessen von Verbrauchern, denen der Schutz und ein halbwegs akzeptables Leben der Tiere am Herzen liegt.

Laut einer Umfrage im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands sind nur rund 20 Prozent der Befragten zufrieden mit der Kennzeichnung von Produkten, wenn es um den Schutz und das Wohl von Tieren geht. Die Mehrheit möchte sich darauf verlassen können, dass es, wenn sie mehr zahlt, den Tieren auch besser ergeht.

Wie gut ein Tier gelebt hat – darüber informiert der Handel jedoch mit unterschiedlichen Labeln. Das schafft bei Verbrauchern eher Verwirrung. Die Verbraucherzentralen haben mit ihren Marktchecks gezeigt: Der Handel pokert häufig hoch mit Auslobungen wie „tiergerecht“ oder „Tierwohl“, oft verbirgt sich wenig Belastbares hinter solchen Aufdrucken. Der Handel braucht also Regeln, um eine einheitliche Kommunikation über die Qualität der Produkte zu gewährleisten.

Wirkliche Vergleichbarkeit, ein verlässlicher Rahmen, wie von Verbrauchern gewünscht, kann nur mit einer staatlichen Regelung hergestellt werden. Das Tierwohlkennzeichengesetz der Bundesregierung mit seinen drei Qualitätsstufen ist ein erster Schritt. Es schafft Regelungen zur Ausgestaltung, Einführung und Kontrolle eines Kennzeichen-Systems. In der dazugehörigen Verordnung wird nach 13 Kriterien zunächst für Schweine festgelegt, wie mit den Tieren umzugehen ist, wenn das Fleisch anschließend mit einer der drei Stufen verkauft werden soll.

Das schafft tatsächlich bessere Lebensbedingungen für Nutztiere und Orientierung für Verbraucher. Zwar ist es noch kein Stoppchild für eine schlechte Behandlung von Tieren. Doch es gibt eine Richtung vor, wohin sich die Tierhaltung für alle landwirtschaftlichen Nutztiere entwickeln muss. Noch gibt es bei den bestehenden gesetzlichen Regelungen zu viele Ausnahmen.

Dadurch, dass über Jahre der leichte und wirtschaftlich profitabelste Weg gewählt wurde, empfinden viele Landwirte strengere Standards als besondere Härte und verlangen Ausgleichszahlungen für wirtschaftliche Einschränkungen. Staatliche Fördergelder können bei einer sehr niedrigen Einstiegsstufe dann jedoch zu einer Zementierung des Status quo führen und damit zu einer Verschwendung öffentlicher Mittel. Daher muss sehr genau geschaut werden, wie die Anreize wirklich wirken können.

DAS FREIWILLIGE LABEL-SYSTEM HAT VERSAGT

Tierschutzverbände und viele Verbraucherzentralen kritisieren, dass immer noch ein verbindliches System fehlt, das alle tierischen Produkte am Markt umfasst. Bei der Eierkennzeichnung hat der Übergang zur Verbindlichkeit funktioniert. Wir brauchen daher einen Fahrplan, wie und in welchem Zeitraum das zunächst noch freiwillige System der Kennzeichnung für mehr Tierwohl in ein verpflichtendes und nach Möglichkeit europaweites System überführt wird.

Auch müssen grundsätzlich die Zustände in Tierhaltungsanlagen verbessert werden, nicht nur in denen mit einer besonderen Auslobung. Bereits im Jahr 2015 hat der wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung in einem Gutachten Vorschläge gemacht, wie dieser Weg zu einer akzeptablen Tierhaltung zu beschreiten wäre. Zu Recht ist dort von einem Instrumentenmix die Rede. Denn: Der Verbraucher allein kann es nicht richten. Rund drei bis fünf Milliarden Euro wären für den Umbau in der Tierhaltung allein in Deutschland notwendig.



Verbraucher erwarten Produkte von gesunden Tieren. Tatsächlich aber weist eine Vielzahl der geschlachteten Tiere erhebliche akute und chronische Erkrankungen auf. Wir brauchen deshalb ein Monitoringsystem für lebende und geschlachtete Tiere, mit dem sich Tiergesundheit und Tierwohl in den Betrieben beurteilen und in den Ställen durchsetzen lässt. Das ist die dringende aller Maßnahmen, in die das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft investieren sollte.

Um Verbrauchern und Landwirten die gewünschte Orientierung zu bieten, brauchen wir deutlich mehr Transparenz. Gelten des Recht muss dringend durchgesetzt werden. Hier mangelt es auch an Personal für Kontrollen. Nur so kann ein Umdenken gelingen, für das Wohl der Tiere und für eine echte Wahlfreiheit an der Fleischtheke.

Klaus Müller ist Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands. Von 2000 bis 2005 war er Umwelt- und Landwirtschaftsminister in Schleswig-Holstein.





Büffelmozzarella-Farm in Süditalien: Viele Betriebe lassen die männlichen Kälber verhungern.

SO REIN, SO WEISS: QUÄLEREI FÜR LUXUSMOZARELLA

Italienischer Büffel-Mozzarella gilt als Luxusprodukt. Doch der Umgang mit den Wasserbüffeln in Kampanien ist oft alles andere als Premium. Nach Brucellose- und Dioxinkrise kämpft die Branche wieder einmal um ihren Ruf.

Text: GEORG ETSCHHEIT

Die Landschaft um Caserta, die Residenzstadt des historischen Königreichs beider Sizilien, ist Mozzarella-Land. An vielen Straßen reiht sich eine Käseerei an die andere. Die Caseifici machen durch grelle Reklamen auf sich aufmerksam. Ihre Sortimenten ähneln sich. Mozzarella di bufala campana, den berühmten Büffel-Mozzarella, gibt es in kleinen und größeren Kugeln und in Zopfform. In Salzlake eingelegt, wartet die Spezialität auf die Kunden. Büffelmozzarella mit Tomaten und Salbei und einem Schuss Olivenöl übergossen ist so etwas wie ein italienisches Nationalgericht. Wie Pizza oder Spaghetti mit Tomatensoße.

Doch die Herstellung des in aller Welt begehrten Frischkäses birgt ein dunkles Geheimnis. Regelmäßig stießen bis vor wenigen Jahren Beamte des Corpo Forestale dello Stato, der italienischen Naturschutzbehörde, auf illegal entsorgte Kadaver junger Wasserbüffel. „Cimiteri dei bufali“ – Büffelfriedhöfe – wurden diese schauerlichen Fundstätten genannt. Meist handelte es sich um wenige Tage alte männliche Büffelkälber. Weil sie keine Milch geben und ihr leicht nach Wild schmeckendes Fleisch bislang mangels Bekanntheit kaum jemand essen möchte, haben die Bauern kein Interesse an der Aufzucht.

UNNÜTZE TIERE WIE ABFALL BEHANDELT

Die überflüssigen männlichen Tiere dann einfach nicht mehr zu füttern, sei eine „weit verbreitete Praxis“, stellte der Corpo Forestale damals fest. Jeder Tag, den die Kälber mit Muttermilch oder verflüssigtem Milchpulver gepäpelt werden müssen, ist einer zu viel. Damit niemand das Brüllen der hungrigen „Abfall-Kälber“ hören kann, wird ihnen schon mal das Maul zugebunden. Manche Bauern sollen die Tiere sogar in Gülle ertränken. Die Kadaver werfen die Bauern dann oft in einen nahen Fluss, wo sie zuweilen bis ins Meer getrieben werden.

Obwohl sich die Haltungsbedingungen der Tiere nach Protesten von Tierschützern mittlerweile verbessert haben, sind die Missstände längst nicht abgestellt. Noch im vergangenen August machten Undercover-Aktivistinnen der Tierschutzorganisationen „Vier Pfoten“ und Wildlight in süditalienischen Büffel-farmen wieder grausige Entdeckungen. „Unsere Aufnahmen aus den Ställen zeigen Kälber, die offenbar schon länger tot auf dem Boden liegen – und das vor den Augen der anderen Büffel. Andere lebende Kälber waren so abgemagert, dass sie kaum noch stehen konnten. Ohne Kontakt zu anderen Tieren und vernünftiger Versorgung werden die Kälber in viel zu kleinen, käfigartigen Gehegen gehalten“, berichtet Hanna Zedlacher, Nutztier-Expertin bei Vier Pfoten in Wien.

Rund 380.000 Büffel werden in Italien gehalten, meist für die Produktion der fetten, nährhaften Büffelmilch, Rohstoff des „Mozzarella di bufala“. Um Milch zu geben, müssen die Kühe jedes Jahr ein Kalb zur Welt bringen. Zwischen 50 und 70 Prozent der Kälber sind männlichen Geschlechts. Allein 2017 wurden laut Zedlacher in Italien 52.000 Büffelkälber legal getötet und ihr Fleisch meist zu Hundefutter verarbeitet. Vier Pfoten hatte

erstmals im September 2014 den Skandal an eine breitere Öffentlichkeit gebracht. „Egal ob die kleinen Büffel nun illegal entsorgt oder legal schon wenige Tage nach der Geburt geschlachtet und bestenfalls zu Hundefutter verarbeitet werden: Tiere als Abfall zu betrachten ist völlig unethisch“, sagt Vier-Pfoten-Sprecherin Elisabeth Penz. Die Tierschützer machten auch österreichische und deutsche Supermarktketten auf die gesetzwidrige Praxis aufmerksam. Die Kaufland-Kette kündigte daraufhin an, „gemeinsam mit Vier Pfoten eine Verbesserung der Haltungsbedingungen von Büffeln herbeizuführen“.

VERBRAUCHER VERGESSEN SCHNELL

Büffel-farmen in Kampanien, der Region rund um Neapel, erkennt man an den nach mehreren Seiten offenen Ställen mit ihren Wellblechdächern, die den Tieren als Sonnen- und Witterschutz dienen. Wasserbüffel auf grüner Wiese oder beim genüsslichen Schlammbad sieht man nur in den Hochglanzprospekten des „Consorzio Tutela Mozzarella di Bufala Campana DOP“, jener Organisation, die die geschützte europäische Herkunftsbezeichnung „Mozzarella di bufala campana“ verwaltet und über die Einhaltung der Qualitätsstandards wacht. Werbe-Romantik. In der Realität gönnt man den Büffeln oft nur einen Wassernebel aus der Sprinkleranlage.

Nicht zum ersten Mal kämpfen die Mozzarella-Erzeuger um ihren Ruf. Im Jahre 2007 litten zehntausende Büffel an der auch für Menschen gefährlichen, durch Bakterien verursachten Infektionskrankheit Brucellose und mussten notgeschlachtet werden. Ein Jahr später wurden in Büffelmilchproben Spuren des Nervengifts Dioxin gefunden. Offenbar stammte es aus Haus- und Giftmüll, den Mafiaklans vor allem in der Provinz Caserta über Jahrzehnte illegal vergraben hatten. Der Verkauf brach ein, bei vielen Bauern und Käseereibesitzern ging die Existenzangst um.

Doch die Verbraucher vergessen schnell. Heute wird mehr Mozzarella produziert als je zuvor. Und die Nachfrage wächst beständig. Im vergangenen Jahr wurden gut 49.000 Tonnen „Mozzarella di bufala campana“ produziert, zwei Jahre zuvor waren es erst 44.000 Tonnen. Rund ein Drittel der Produktion wird exportiert, wobei der größte Brocken, ein Viertel, nach Deutschland geht.

BÜFFELFLEISCH IST SCHWER VERKÄUFLICH

Antonio Lucisano ist ein eleganter Herr. In seinem Büro in einem Vorort von Caserta versichert der Geschäftsführer des Consorzio, dass man die Klagen der Tierschützer ernst nehme. Für die Einhaltung der Tierschutzbestimmungen sei allerdings der Staat zuständig, sagt Lucisano. „Doch die Behörden tun zu wenig, uns sind da die Hände gebunden.“ Das Consorzio, betont Lucisano, kümmere sich um die Einhaltung der Produktqualität. Und man habe schon genug Ärger mit Produktpiraten in aller Welt und einer für die Verbraucher verwirrenden Gesetzeslage.

So muss nur DOP-Mozzarella aus hundert Prozent Büffelmilch hergestellt sein. Einfacher „Mozzarella di bufala“ kann

große Anteile Kuhmilch enthalten – auch ohne die häufigen Panschereien der Camorra. Büffelmilch ist rar und kostbar. Das liegt daran, dass die Haltung der sensiblen Tiere schwierig und teuer ist. Außerdem erreichen Büffel nur etwa ein Viertel oder ein Drittel der Milchleistung von Kühen. So kann man für Büffelmilchprodukte auf den Märkten hohe Preise erzielen. Nur das Fleisch der Tiere wollen bislang nur wenige kaufen. Dabei gilt es als ausgesprochen gesund. Es hat wenig Fett und schädliches Cholesterin, dafür ist es reich an Proteinen und Eisen. Vor allem für Kinder, ältere Menschen und Sportler könne das Fleisch ein wertvoller Ernährungsbestandteil sein, sagt Angelo Coletta, Direktor des italienischen Büffelzüchterverbandes mit Sitz in Caserta. „Wir haben pures Gold, nutzen es aber nicht.“ Die Schuld gibt Coletta der EU, die Italien und speziell die Büffelzüchter im Stich lasse.

Ja, die EU. Der grüne Europaabgeordnete und Tierschutzexperte Martin Häusling hatte sich schon vor mehreren Jahren an die EU-Kommission gewandt und auf die Missstände aufmerksam gemacht. Die EU-Exekutive indes verwies, wie auch das Consorzio, auf die vorrangige Verantwortung der staatlichen Behörden. „Diese Antwort befriedigt mich keineswegs“, sagt Häusling. Die Kommission schiebe das Thema auf die lange Bank, offenbar fehle der politische Wille. „Dafür braucht es noch mehr öffentlichen Druck“, sagt der Grüne. An Geld mangle es nicht. Es gebe gut bestückte Fördertöpfe für die Regionalentwicklung, aus denen etwa Maßnahmen zum Aufbau eines Marktes für Büffel-fleisch finanziert werden könnten.

ÖKOLOGISCHE VORZEIGEFARM

Natürlich findet man auch in Süditalien Farmen, in denen es den Büffeln vergleichsweise gut geht. Wie die Tenuta Vannulo in Paestum am südlichen Rand der DOP-Region, ein ökologisches Vorzeigunternehmen. Wenige Kilometer entfernt leitet Rosa-Maria Wedig die Genossenschaft Rivabianca, auch sie ein Musterbetrieb. Die gebürtige Hannoveranerin verschieb sich vor 30 Jahren der Büffelzucht. Die ebenso zierliche wie energische Frau klagt nicht über die Behörden wie viele Italiener. „Ganz untätig ist der Staat nicht“, meint sie. Die Situation der männlichen Kälber habe sich etwas gebessert, seit die Bauern für jedes Tier, das sie ordnungsgemäß zum Schlachter bringen, eine Prämie bekommen.

Dass Büffel-fleisch kein Ladenhüter sein muss, zeigt auch ein ungewöhnlicher Bauernhof im kleinen Ort Beuerbach in Bayerisch-Schwaben. Steffen Schwencke besitzt hier einen Büffelhof mit rund 70 Tieren. Die Mutterkuhherde lebt meist im Freien auf großen, grünen Weiden mit Wasserlöchern zum Suhlen. Schwencke ist zumindest im kleinen Maßstab gelungen, was sich auch manch italienischer Büffelzüchter erhofft: einen regionalen Markt für Büffel-fleisch zu etablieren. Regelmäßig bietet Schwencke seinen Gästen Feinschmecker-menus mit Büffel-fleisch. Sehr gut geschmeckt habe es, schwärmt ein Ehepaar. Die Tiere auf der Weide hätten sie sich erst nach dem Essen angeschaut. „Die sind so nett, das hätte uns vielleicht den Appetit verdorben.“

SO EIN ZIRKUS!

Tierschützer, Tierärzte und sogar der Bundesrat fordern seit Jahren ein Verbot von Wildtieren bei Aufführungen. Lange hat die Bundesregierung nicht reagiert – jetzt kommt Bewegung in die Debatte.

Text: FRIEDERIKE MEIER

Eine Elefantenkuh steht hinter einer Absperrung im Besucherbereich des Zirkus. Weil sie ihren kleinen Sohn vor den lachenden Zirkusbesuchern beschützen will, wird sie vom Zirkusdirektor ausgepeitscht, der kleine Elefant wird ihr weggenommen, sie wird allein in einen kleinen Käfig gesperrt.

Mit dieser Szene aus dem Disney-Film „Dumbo“ will die Tierschutzorganisation Peta Besucher ihrer Webseite überzeugen, keinen Zirkus zu besuchen, in dem Kunststücke mit Tieren gezeigt werden. Im Jahr 2012 gab es laut Daten der Bundesregierung etwa 430 mobile Zirkusse in Deutschland, 142 davon hatten Wildtiere im Programm.

Es ist nicht artgerecht, Tiere im Zirkus zu halten, so die Überzeugung der Tierschützer. Zum Beispiel sei der Transport der Tiere ein Problem. „Giraffen müssen beim Transport immer gebückt stehen“, sagt die Wildtierexpertin Charlene Wolf von der Tierschutzorganisation Vier Pfoten gegenüber *movum*. Kein Elefant mache freiwillig einen Kopfstand, kritisiert Wolf. „Instinkte lassen sich nicht abtrainieren.“

Unterstützung bekommen die Tierschützer von den Tierärzten: Die Bundestierärztekammer fordert, Wildtiere vor allem in reisenden Zirkussen zu verbieten. Dort gebe es „systemimmanente Probleme mit der Haltung bestimmter Tierarten“ wie zum Beispiel Giraffen. Es gehe zwar vorrangig um reisende Zirkusse, allerdings müsse man sich auch die Haltung von Zirkustieren generell anschauen, so eine Sprecherin auf Nachfrage von *movum*.

Wenigstens scheint die Forderung nach einem Wildtierverbot im Zirkus jetzt im zuständigen Bundeslandwirtschaftsministerium angekommen zu sein. Das hat lange gedauert. Seit 2003 hat der Bundesrat die Bundesregierung schon dreimal aufgefordert, bestimmte Tiere im Zirkus zu verbieten. Im jüngsten Beschluss von 2016 forderte er ein Verbot von Affen, Elefanten, Großbären, Giraffen, Nashörnern und Flusspferden.

UMDENKEN BEI ZIRKUSSEN HAT BEGONNEN

Im April dieses Jahres wiederholte die Agrarministerkonferenz der Länder die Forderungen des Bundesrats, diesmal augenscheinlich mit mehr Erfolg: Anfang Mai reagierte die Landwirtschaftsministerin in Berlin. Für Julia Klöckner sei klar, dass Wildtiere wie Giraffen nicht in den Zirkus gehören, erklärte ein Sprecher. „Deshalb plant die Bundesministerin, den Einstieg in den Ausstieg einiger Tierarten im Zirkus in die Wege zu leiten.“

„Diese Entwicklung ist neu und für die einzelnen Tierarten wäre ein Verbot natürlich besser als nichts“, freut sich Tierschützerin Wolf. „Es wäre aber ärgerlich, wenn ein Gesetz käme, dass

nur bestimmte Tierarten verbietet. Für ein komplettes Wildtierverbot kann es dann, abhängig von der Formulierung, noch schwieriger werden.“

Doch warum hat es so lange gedauert, bis die Bundesregierung überhaupt reagiert hat? Wolf sieht den Grund vor allem darin, dass Zirkusbetreiber Einfluss genommen hätten: „Die Zirkuslobby ist sehr stark.“ Die Betreiber von Zirkussen argumentieren, dass die Tierlehrer ein partnerschaftliches Verhältnis zu den Tieren hätten und dass alle Kunststücke auf natürlichen Verhaltensweisen basierten.

Wenn es nach Wolf ginge, würden in Zirkussen überhaupt keine Tiere mehr gezeigt. Als Zwischenschritte schlägt sie Übergangsregelungen vor mit Positivlisten, welche Tiere bis wann noch erlaubt sind.

Immerhin: Es ist nicht so, dass kein Zirkus bereit wäre zum Umdenken. Der Zirkus Roncalli mit Winterquartier in Köln beispielsweise verzichtet seit Langem auf Wildtiere. Im vergangenen Jahr hat der Zirkus auch seine letzte Nummer mit Pferden eingestellt.



Die Zirkuslobby versucht alles, um ein Verbot von Wildtieren in ihren Programmen zu verhindern. Aber es geht auch anders: Circus Roncalli verzichtet seit langem auf exotische Tiere wie Elefanten oder Giraffen.

EXPORTIERTES LEID

Der Export von Vieh in Länder außerhalb der EU ist ein Riesengeschäft – und bedeutet oft furchtbare Qualen für die Tiere. Nach einem juristischen Gutachten versuchten Tierärzte, die Praxis zu stoppen – aber sie rechneten nicht mit der Dreistigkeit der Agrarbetriebe.

Text: SUSANNE SCHWARZ

Es ist nicht so, als sei einem Nutztier in Deutschland ein würdevolles Ende beschieden. Wenn es aber zum Exportprodukt wird, kann das Lebensende zur Hölle auf Rädern werden. Kühe, die in brutender Hitze kaum an Wasser kommen. Die in Rage um sich treten, dorthin, wo kein Platz ist zum Treten, sondern die nächste Kuh. Die wegen Erschöpfung, Durst, Hitze, Verletzungen sterben. Es sind schreckliche Bilder, die Tierschützer und Journalisten regelmäßig senden, wenn sie Transporter hinter den Grenzen der Europäischen Union besuchen, die Tiere aus dem Staatenbund in Drittländer bringen.

Im Leben eines deutschen Nutztiers kommen in aller Regel mehrere Transporte vor, denn für fast jeden Schritt im Produktionsprozess von Milch und Fleisch gibt es spezialisierte Großbetriebe, wie sie die EU-Subventionspolitik fördert. Wenn die Reise aber jenseits der EU-Grenzen endet, haben die Behörden der Herkunftsländer kaum Möglichkeiten zu kontrollieren, ob die europäischen Tierschutzstandards noch eingehalten werden.

Damit eine Lieferung starten kann, muss einer der etwa 400 beamteten Tierärzte in Deutschland eine Genehmigung erteilen. Er begutachtet Tiere, Lkw, Fahrer und Routen. Aber ob der Fahrer die Tiere an den Viehrastplätzen auch wirklich entlädt, ob die

Tränken über die gesamte Strecke mit frischem Wasser befüllt werden, ob der Laster zu Pausenzeiten nicht in der prallen Sonne bei viel zu hohen Temperaturen steht – nicht abzuschätzen.

Tierschützer wollen die Exporte in Drittländer deshalb verbieten oder wenigstens stark einschränken. „Es ist dringend notwendig, dass die Abfertigungspraxis so schnell wie möglich bundesweit einheitlich erfolgt und keine Exporte in Drittländer genehmigt werden, wenn nicht gewährleistet werden kann, dass alle tierschutzrechtlichen Bestimmungen bis zum Zielort eingehalten werden“, sagt Thomas Schröder vom Deutschen Tierschutzbund.

EU EXPORTIERT EINE MILLION RINDER IM JAHR

Ein handfester Hilferuf von einigen Tierärzten setzte das Thema im Frühjahr auf die politische Agenda: Die Tiermediziner verweigerten die Erteilung von Genehmigungen für die Tiertransporte in EU-Drittländer. Der Wirtschaftsstrafrechtler Jens Bülte war in einem Gutachten zu dem Schluss gekommen, dass sie sich durch ihre Unterschrift möglicherweise strafbar machen – wegen Beihilfe zu einer Straftat. Daraufhin verhängten Bayern, Schleswig-Holstein und Hessen vorübergehend Moratorien für Transporte in bestimmte Länder. Die Folge war allerdings kein

Stopp der tierquälenden Praxis. Die Agrarbetriebe verschickten die Tiere mit Zwischenhalt in anderen Bundesländern, in denen dann die Genehmigung für die Langstrecke eingeholt wurde.

Die Bundesländer wollen deshalb eine deutschlandweite Lösung. Außerdem fordern sie, dass Deutschland sich in der EU für neu abgestimmte Vereinbarungen mit den einzelnen Zielländern und für höhere Auflagen einsetzt. Die Agrarministerkonferenz von Bund und Ländern im April beauftragte die Bundesregierung entsprechend. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) schob die Karte zurück: „Die Zuständigkeit, solche Transporte zuzulassen oder abzulehnen, liegt bei den Bundesländern“, sagte sie nach dem Treffen.

In den vergangenen Jahrzehnten hat der Export von Tieren aus massiv zugenommen. Im Jahr 1999 wurden 330.000 Rinder an Drittstaaten verkauft, 2017 waren es mehr als eine Million, davon etwa 80.000 aus Deutschland. Für die europäischen Tierhalter ist der Export ein gutes Geschäft, denn sie hängen vom Überfluss ab. Eine Kuh, die ständig Milch geben soll, muss kalben – mit den vielen Kälbern kann die Landwirtschaft aber nichts anfangen. In Deutschland mehr Milch und Wurst herzustellen, drückt die Preise für die Erzeugnisse. Deutlich profitabler ist der Export.

FLEISCH AUS DEM LABOR: ESSEN MIT GUTEM GEWISSEN

Könnten Sie sich vorstellen, auf Fleisch verzichten, um das Leid von Tieren zu lindern und die Umwelt zu schonen? Vielleicht müssen Sie das bald nicht mehr. Forscher arbeiten an Fleisch aus dem Reagenzglas.

Text: TANJA SCHMIDT

In Deutschland ernähren sich je nach Statistik bis zu acht Millionen Menschen vegetarisch. Etwas über eine Million sind Veganer, essen also ausschließlich pflanzliche Produkte. Dass jedoch alle Deutschen ohne Fleisch leben werden, ist unwahrscheinlich. Deshalb gibt es Wissenschaftler wie Mark Post. Der Forscher arbeitet am Physiologischen Institut der Universität Maastricht und präsentierte der Öffentlichkeit im Jahr 2013 den ersten Burger aus Labor-Fleisch. Mark Post ist bekennender Fleischesser. Und gerade weil er nicht auf Fleisch verzichten will, hat er begonnen, über Alternativen nachzudenken.

„Mir wurde bewusst, dass die Fleischproduktion zukünftig ein großes Problem wird“, sagt Post. „Das betrifft die Ernährungssicherheit, den Umweltschutz und das Tierwohl. Ich komme aus dem medizinischen Bereich und ich glaube, dass ich eine Lösung für diese Probleme habe.“ Der Wissenschaftler ist mittlerweile auch Chef des Startups Mosa Meat. Das Unternehmen entnimmt erwachsenen Rindern Stammzellen und siedelt diese anschließend in einer Nährlösung an. Durch Zellteilung in der Petrischale entsteht künstliches Fleisch – sogenanntes In-Vitro-Fleisch.

DAS ENDE DER QUÄLEREI

Die Gewebezüchtung kommt ursprünglich aus der Medizin, um künstliche Organe zu züchten. Für die Fleischzüchtung hat diese Methode funktioniert. Noch ist der Preis allerdings hoch. Der erste Burger aus dem Labor kostete rund 300.000 Euro. Mark Post ist jedoch optimistisch: „Bei dem jetzigen Stand der Technik können wir sehr bald auf ein Zehn-Euro-Preisniveau kommen. Natürlich muss es für McDonald's nochmal um das Zehnfache sinken. Wir können das schaffen, aber dafür brauchen wir noch einige technologische Fortschritte.“ Dabei konkurriert Mosa Meat mit anderen Unternehmen der Branche – es ist

ein Wettrennen darum, wer zuerst mit marktreifem und bezahlbarem Fleisch aus der Petrischale die Supermarktregale erobert. Neta Lavon, Vizechefin von Aleph Farms, erklärte kürzlich auf einer „New Food Conference“ in Berlin, dass es nur noch zwei Jahre dauern werde, bis die ersten Labor-Burger es mit herkömmlichem Hack aufnehmen könnten.

Die größte Herausforderung ist dabei, die Zellproduktion kosteneffizient zu machen, meint Marc Post. Teuer sei vor allem das Material, mit dem die Zellen gefüttert werden.

RECHTLICHE HÜRDEN

Die Vorteile liegen auf der Hand: Waldrodungen für Tierfutter und Weideflächen würden sich drastisch verringern. Laut einer Studie der Universität Oxford könnten 96 Prozent der Treibhausgase heutiger Tierhaltung eingespart werden, wenn gar kein „richtiges Fleisch“ mehr produziert wird. Auch Veganer und Tierschützer sind begeistert. So glaubt die Tierrechtsorganisation Peta, dass künstliches Fleisch ein großer Fortschritt ist und das Leiden der Tiere endlich beendet. Nichtregierungsorganisationen wie ProVeg laden die Burger-Forscher zu Konferenzen ein und warten ungeduldig, wann die Idee es endlich aus den Testlaboren schafft.

Doch es könnte länger dauern, als sich so manche Tierschützer wünschen. Armin Valet von der Verbraucherzentrale Hamburg versucht die Euphorie zu dämpfen. „Dass ein In-Vitro-Burger innerhalb der nächsten Jahre hier bei uns im Supermarkt liegt, halten wir für vollkommen unrealistisch“, so der Verbraucherschützer. „Es gibt viele rechtliche Hürden zu überwinden.“ Zum Beispiel, wie das Produkt eingestuft werde. „Ist es Fleisch? Wie soll die Kennzeichnung aussehen? Ist so ein Lebensmittel überhaupt zugelassen?“, listet Valet auf. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in der EU würden die Mühlen langsam mahlen.



Für Forscher Mark Post sind das Nebensächlichkeiten. Künstliches Fleisch könnte ihm zufolge sogar helfen, die Ernährung einer wachsenden Weltbevölkerung zu sichern. Für eine Million Burger, so Post, bräuchte man nur noch eine Kuh. Diese müsste nur ab und zu mit einer Spritze angezapft werden. Für den harmlosen Eingriff müsste man das Tier nicht einmal betäuben. „Von den heutigen anderthalb Milliarden Rindern auf der Welt werden wir nur noch einige hundert Tiere brauchen. Meine Vision ist, dass wir kleine landwirtschaftliche Betriebe haben werden. Kinder werden die Höfe besuchen und sagen: Das sind also die Stammzellspender für unser Fleisch. Denn diese wenigen Tiere werden die gesamte Gesellschaft mit Fleisch versorgen. Das ist keinesfalls Science-Fiction, sondern sehr realistisch“, glaubt der Kunstfleisch-Pionier.

Auch Ernährungswissenschaftler Armin Valet sieht die Vorteile für Tiere und Umwelt. Das größte Problem bei der Einführung könnten jedoch die Konsumenten selbst werden. „Verbraucher haben Vorbehalte gegen solche künstlichen Verfahren. Bis Laborfleisch wirklich akzeptiert wird, kann es lange dauern.“

NACHRICHTEN



Foto: shutterstock/133823843

Artensterben so bedrohlich wie Klimakrise

Ein erschreckendes Bild vom Zustand der natürlichen Lebensgrundlagen zeichnet die im Mai veröffentlichte Bestandsaufnahme des UN-Biodiversitätsrates IPBES. Weltweit bis zu einer Million Tier- und Pflanzenarten sind demnach vom Aussterben bedroht. In Europa ist eine Hauptursache des dramatischen Artenverlustes die intensive Landwirtschaft mit chemischen Düngemitteln und Pestiziden, die durch die EU-Flächenprämien angetrieben wird. Der Bericht werde hoffentlich vielen Menschen den Ernst der Lage klarmachen, sagte Raphael Weyland vom Naturschutzbund dem Magazin Klimareporter. „Denn bisher wird in der Öffentlichkeit die Biodiversitätskrise weit weniger wahrgenommen als die Klimakrise, und selbst bei dieser wird dann zu wenig gehandelt.“

Sinneswandel bei Klimaskeptikern möglich

Sogenannte Klimaskeptiker sind überwiegend konservativ und männlich. Bisher hieß es, diese Gruppe sei für Argumente und wissenschaftliche Fakten kaum erreichbar. Nun zeigt eine Studie aus den USA: Sind es die eigenen Töchter im Schulalter, die solche Fakten im Gespräch vorbringen, kann das die Väter sehr wohl zum Nachdenken bewegen. Forscher der North Carolina State University hatten ein Klima-Bildungsprogramm für Elf- bis 14-Jährige entwickelt, das auch Gespräche und Interviews mit den Eltern über die Klimaveränderungen beinhaltet. Bei den Testläufen zeigte sich, dass Schüler, die für das Thema besonders sensibilisiert wurden, oft auch bei den Eltern eine Neubewertung bewirkten – besonders häufig, wenn es sich um Mädchen und ihre Väter handelte.

Fleischindustrie hat keine Zukunft

Die Klimaziele in der Landwirtschaft sind nur mit weniger Fleischproduktion zu erreichen, zeigt eine Studie des Freiburger Öko-Instituts. Seit 1990 ist der Treibhausgasausstoß im Agrarsektor nur halb so stark wie nötig gesunken, gemessen am allgemeinen Klimaziel. Seit fast 20 Jahren gibt es kaum noch Fortschritte. Das Bundeslandwirtschaftsministerium setzt nun neben strengeren Düngevorgaben vor allem auf die Vergärung von Gülle und Mist in Biogasanlagen. Für die heutigen Mengen müsste aber die Güllevergärung mitsamt den nötigen Transporten und Fördergeldern vervierfacht werden, rechnen Umweltschützer vor. Wirklich etwas bringen würde laut der Studie eine Reduzierung des Fleischkonsums und vor allem der Fleischexporte.



Foto: shutterstock_393401698

Mehr Straßenverkehr durch autonome Autos

Fahrerlose Autos werden wahrscheinlich nicht zu der erwarteten Verkehrsentslastung führen. Nach einer Studie der Universität Michigan bringen selbstfahrende Fahrzeuge zwar mehr Zeit- und Energieeffizienz, zugleich reduzieren sich aber auch die Kosten für die Fahrten. Das schaffe Anreize für zusätzliche Fahrten und bewirke den bekannten „Rebound-Effekt“. Hinzu komme, dass die Insassen dann im Auto arbeiten, schlafen, Filme schauen oder lesen können. Auch das dürfte noch mehr Reisen verursachen, so die Forscher. Deutschsprachige Ökonomen sehen darin aber kein Problem – die Infrastruktur der Bahn und des öffentlichen Verkehrs könne dann in Straßen umgewandelt werden, schreiben sie in der FAZ.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Prof. Dr. Kai Niebert, Präsident, Deutscher Naturschutzring e.V.
Damian Ludewig, Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V.
Michael Müller, Vorsitzender, NaturFreunde Deutschlands e.V.
Christel Schroeder, Lutz Ribbe, EuroNatur Stiftung
Jörg Sommer, Vorstandsvorsitzender, Deutsche Umweltstiftung
Dr. Hubert Weiger, Vorsitzender, BUND e.V.
Dr. Martin Held, Gesprächskreis Die Transformateure
– Akteure der Großen Transformation

Redaktion:

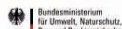
KJB KlimaJournalistenBüro UG (V.i.S.d.P.)

Träger:

Deutscher Naturschutzring (DNR)



Gefördert von:



Layout:

Katja Hommel

Infografik:

Kai Niebert und Anna Geuchen, DNR
Infografiker.com

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg VR34116B

Träger und Herausgeber haften nicht für unverlangt eingesandtes Material.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste sowie Vervielfältigung auf Datenträgern nur nach Genehmigung des DNR.

movum liegt exklusiv, regelmäßig und kostenlos der Zeitschrift FUTURZWEI bei.

Auflage Mantel | Plakatbeilage: 13.000

Die movum-Ausgaben können Sie kostenlos bestellen: info@dnr.de
Deutscher Naturschutzring, Marienstr. 19-20, 10117 Berlin

@movumdebatte



Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den AutorInnen.

VERANSTALTUNGEN

27. und 28. Juni 2019

Kongress „Postwachstum und Transformation: Planen – Steuern – Wirtschaften“ Tagungszentrum im Haus der Kirche, Kassel
www.arl-net.de

9. bis 14. Juli 2019

Bewegungstreffen
„Move Utopia: Für eine Welt nach Bedürfnissen und Fähigkeiten“
Heilstätte Harzgerode/Harz
www.move-utopia.de

3. bis 10. August 2019

Klimacamp Leipziger Land und Degrowth-Sommerschule 2019
Pödelwitz bei Leipzig
www.degrowth.de

19. bis 31. August 2019

Internationale Sommeruniversität „Transmedia Storytelling – Kultur des Klimawandels“ Projekthof Karnitz bei Malchin/Mecklenburg
www.cclab.info

Debatten zu den Themen dieser Ausgabe unter: www.movum.info